

# Der Grundstein

# Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**

# Ein Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise

Im Dezember 1917 ist in Berlin ein Verband gegründet worden, der sich die Förderung sparsamer Bauweise zur Aufgabe macht. Der Verband ist aus den „Ausführungen zur Förderung sparsamer Bauweise“ hervorgegangen, die seine Tätigkeit auf der Leipziger „Heimattag“-Ausstellung durch Beranerkundung seiner Vorstehungen und durch verschiedene praktische Vorschläge begonnen hat. Der Vorstehende des Verbandes ist der Geheime Regierungsrat und ordentliche Professor der Baukunst, Dr. Friederich Seehöfer in Berlin. Den Kern bilden die Chemnitzschen gehobenen zahlreichen Bauteile, Professoren und ähnlichen Herren an; auch einige bekannte Sozialpolitiker sind darunter. Besonders ist es, daß der an den Vorstellungen des neuen Verbandes doch gewiß nicht uninteressierte Arbeitgeberverbund für das Baugewerbe in diesen Ausführungen nicht vertreten ist. Außerdem den Direktor des Bauarbeitergebundens, W. Bagenhär, ist, soweit wie feststellen konnten, auch von den anderen baugewerblichen Arbeitgeberverbänden in diesen Ausführungen kein Vertreter. Wir vermuten, daß dieses Ausfall ist, sondern daß die Arbeitgeberverbände den Vorstellungen dieses Verbandes mit sehr gemischten Gefühlen zugestellt haben unterdrückt. Es weicht auf sparsame Bauweise natürlich auch die Arbeitnehmer der Baumebewegungsebene aufs schwierige befreiten. Wenn es sich bei dieser Überflüssigmachung von Arbeitskräften um wirtschaftliche oder technische Notwendigkeit handelt, könnten und müßten sich die Bauarbeiter ohne weiteres damit abfinden; aber um solche Notwendigkeit handelt es sich nicht, sondern um das Gegenteil. Auch noch Gefahren bestehen für die Bauarbeiter, vor allem die Gefahr, daß das Streben nach Sparmaßnahmen zur Herausdrückung der Löhne der Arbeiter benutzt werden und daß das Streben nach Verbilligung zu einer unverträglichen Ausbeutung der Arbeiter führen könnte. Wenn auch die Bauarbeiter selbstverständlich vernünftigen technischen Neuerungen, die die Arbeit ohne größere Ausbeutung der Arbeitskraft ertragreicher machen, nicht ablehnend gegenüberstehen, sondern sie begrüßen, so müssen sie sich doch auf aller Erfordernis gegen einen etwaigen Raubau an ihrer Arbeitsschicht wenden.

Der Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise begründet sein Streben mit der Notwendigkeit, die ergebnis- und erholungsbefürchtig aus den Prinzipien zurücktretenden Kräfte aufzuhören unterdrückt. Es weicht auf

sparsame Bauweise natürlich auch die Arbeitnehmer der Baumebewegungsebene aufs schwierige befreiten. Wenn es sich bei dieser Überflüssigmachung von Arbeitskräften um wirtschaftliche oder technische Notwendigkeit handelt, könnten und müßten sich die Bauarbeiter ohne weiteres damit abfinden; aber wenn müssen sie sich — und muß die ganze Arbeiterschaft — gegen eine Verschlechterung des Wohnbedarfs, gegen eine Herausdrückung ihrer Lebenshaltung und gegen die Steigerung ihrer Ausbeutung durch übermäßige Inanspruchnahme ihrer Arbeitskraft.

führen gegenüberließen und daß sie keine Verantwortung für sein Tun mit übernehmen wollen.

Der Zweck des Reichsverbandes zur Förderung sparsamer Bauweise ergibt sich schon aus seinem Namen. Er will auf eine **Bewilligung** des **Baus** hinweisen. Mit welchen Mitteln er die Bewilligung des Baus erzielen will, spricht er in seinem soeben veröffentlichten Aufsatz im eingeladenen nicht klar aus. Aber in großen Umrissen hat er immerhin sein Programm entworfen. In seinem Aufsatz heißt es an einer Stelle: „Die Phasen des Balles sei durch sachliche Belehrung rechtzeitig auf weitgehende Genügsamkeit im künftigen Siedlungsbauweisen, namentlich für Neubaugebiete, einzutunnen, so daß, wenn es sein müsse, auch eine Not- oder Behelfsbauweise als einflussreiche Vorstufe für Besseres hingenommen werden müsse.“ „Auf jeden Fall“, so heißt es weiter, „in die nachdrücklichste Gedankenleitung auf die Verbesserung der Konstruktionen zu richten, auf die Vereinfachung der Errichtungen, auf die Anwendung der altertümlichsten Bauteile, sowie die Dauerhaftigkeit und Gut genug sind, sowie auf die Klippierung von Bauteilen aller Art. Jegliche Vorzugsrichtung auf eifelische Steinhäusern muß zurücktreten hinter den Steinen nach Hüttenhäuslichkeit, Zweckmäßigkeit und Haltbarkeit.“ Der eindringliche Druck im Schaffen guter Bauweise. Der eindringliche Druck der gleichen Beschleunigung wie das bisher rettend eingetretene Geschwinnen in der Wirtschafts- und Rüstungsmittelbeschaffung. Hingt doch unser Zukunftschicksal davon ab, ob wir uns in der Welt der Industrie und des Handels nicht wieder auf die alten Wege zurückdrängen werden.

Die Geschäftshäuser, die dem Staat aus einer verdroffenen Beamtenchaft und Arbeiterschaft entstehen. Wie sollte der Großgrundbesitzer und der Großindustrielle mit einer verdroffenen Beamten- und Arbeiterschaft erfolgreich wirtschaften? Es geht geradeum um die Grundlagen jeder Gedächtnisfähigkeit im Staate! Was bis jetzt zur Abschaffung vorgeschlagen worden sei, seien weit mehr Illusionen als Vorgezeige von West. Vollends müßten solche Vorstellungen als verfehlt bezeichnet werden, die darauf abzielen, dauerhafte — obwohl unmittelbarlich gewordene — Baugeschwindigkeiten mit unveränderlichen Staatsbedürfnissen oder mit Staatsbedürfnissen lebensfähig zu erhalten. Woher sollte der selbst überzeugende Staat angesichts der riesigen Maßstäbe des beworbenen Siedlungswesens die erforderlichen Hilfsmittel nehmen? Alles Grundbesitz sei mit Belehrungen überlastet und teuer; die Arbeitslöhne sowohl wie die Preise der Baustoffe seien derartig gestiegen, daß vielerorts selbst gesetzter Grund und Boden kaum noch auskömmlich besiedelt werden können. Bei dieser fast trostlos zu nennenden Lage könne der Schlüssel des Siedlungswesens hauptsächlich nur in sparsamer Bauweise liegen.

Da hätten wir schon die „hohen“ Arbeitslöhne als Stein des Anstoßes! Es wird in dem Aufsatz nicht davon gesprochen, daß sie herabgestuft werden müßten; aber das Stehen in dieser Richtung wird für den Verband zur Förderung sparsamer Bauweise nicht weit absichts liegen.

Aus verschiedenen Gründen betrifft sich die Frau im Wirtschaftsleben: Weil sie sich und den heigen etwas denkt, weil sie zu den Haushaltungsosten beitragen will und muß, weil sie sich allein ernähren muß. Aus welchen Gründen sie immer Arbeit annehmen, nie macht sie es, um die Männer zu verdrängen. Innen sind es gesellschaftliche Gründe, die sie zum Schwerpunkt in und außer Hauses führen oder drängen. Von den Gegnern der Frauenförderung in den eingeladenen Berufen wird übersehen, daß die technischen und wirtschaftlichen Fortschritte, aber auch die Kultur, die Frauen direkt in das Wirtschaftsleben hineinziehen; daß sie gebraucht werden, daß ohne sie eine gewisse, gewinnbringende Volkswirtschaft unterhalten wäre. Es ist auch nicht wahr, daß die Frauen oberflächlich als die Männer sind, daß sie für Puk und Ton interessieren und eine heimelige Vorstellung durch die Erden jagen. Ausnahmen beweisen die Regel. Wenn man sich einigermaßen aufrechterhaltendes Urteil über die Bedeutung der Frau in der Volkswirtschaft bilden will, muß man die letzten Verurteilungen zu Rate ziehen.

Die Verurteilung von 1907 ergab in Deutschland einen Frauenüberschuß von etwa vier Fünftel Millionen, die vom Jahre 1905 952 000. Dieser Mängeldrang kommt nicht von einem etwaigen Mangel an Mädchengeburten, sondern er ist in sozialen Umständen begründet. Es werden unzählig sogar mehr Kinder als Rädchen geboren (106 auf 100); aber ob ist dieser Vorprung von den Mädchengen? Schon die Sterblichkeit der männlichen Städtinge ist größer als die der Mädchen; dann kommt die längere Lebensdauer der erwachsenen Männer und die Gravidezrate. Der Mängeldrang ist also nicht

Wichtigstes Beschlebenkönnen wesentlich von diesen Dingen auf.  
Das Verstreben des Verkaufes läuft also zunächst auf eine Verschlechterung des Wohnwesens für die minderbemittelte Bevölkerung hinaus. „Weinigtheit der Gesamtfamilie“ und „Schaffen unserer baulichen Erfassmittel“ ist bezugt wohl alles. In den Erfassungsmitteln sollen Zukunft auch nach Erfassungshilfen und Erfassungswohnungen kommen. Wir können uns dabei den Wünsche nicht entzögeln, daß diese Erfasswohnungen — die Erdgeschäftsäuser, Holz- und Lehmbaracken, und was man in dieser Beziehung sonst nur planen und erfinden mag — von den überzeugten der sparsamen Bautüchtigkeit zuerst persönlich ausprobiert werden müßten. Es mag doch einen höchst eindringlichen Eindruck, wenn man an einer weitgehendsten Erfassungsanstalt im Wohnbaus empfiehlt, aber selber diese Erfassungsformen durchaus normifiziert.

Wir möchten deshalb schon heute keinen Zweifel darüber lassen, daß sich die Bauarbeiterkraft einer Herabsetzung ihrer Löhne, bevor nicht mindestens ihre alte Lebenshaltung wieder erreicht ist, mit allen Kräften widerstehen wird. Wir sehen nicht ein, wiezo nicht Reich und Einzelstaaten das Siedlungswesent mit allen Mitteln, auch durch Vereinstellung von Geldmitteln, fördern sollten. Während des Krieges sind für die Kriegsführung, in der Hauptstadt zu Zwecken der Vernichtung, Milliarden über Italienien aufgebracht worden, und wenn es zur Verteidigung von Heimat und Vaterland notwendig ist, werden noch weitere Milliarden aufgebracht werden. Da sollten, wenn nur der Krieg zu Ende ist, nicht auch noch einige Milliarden für kulturelle Zwecke vorbereitet sein? Da sollte es dem Reich nicht möglich sein, zur Wohnungsbefriedigung für die Vertriebenen im Vaterland aus, nach soviel etwas Platz aufzuweisen, um die Auswanderung. Der Rückgang des Fremdenüberschusses in den Jahren von 1895 bis 1907, verglichen mit der Zeit von 1882 bis 1895, wird im allgemeinen auf einen Rückgang der Auswanderung zurückgeführt. Sie war in den letzteren Jahren in Deutschland bei den Männern sehr groß. Die stärkere Berufstätigkeit der Männer verhindert wohl ihre Lebensdauer; und gefundene Lebensmitteln der Männer wirken dagegen wieder einem Fremdenüberschuss entgegen.

Das Leibgedächtnis spielt als Mittel der verdeckten weiblichen Berufstätigkeit keine große Rolle. Denn von den in Heiratsältern liegenden Frauen von 18 bis 35 Jahren bleibt bei Gegenüberstellung der entsprechenden männlichen Ehestandsbilanzen im Alter von 21 bis 45 Jahren nur eine Heiratsdichte von 254 000 unverheirateten, verheirateten oder geschiedenen Frauen. Nimmt man das weibliche Heiratsalter von 18 bis 30 und das männliche von 21 bis 40 Jahren,

Aber die Beschleicherung des Bauwesens ist es nicht allein, die uns in dem Programm des neuen Verbundes gefasst. Die Verbilligung seiner Versteckungen hätte offensichtlich auch einen ganz erheblichen Aufschall im Kreis für die Bauteile aller Art zur Folge. Zur Freisetzung von Holz- und Lehmteilen würden kaum noch diese Mauern gebraucht, und da man Zähmung in den Wohlstandpunkt aus in der Zeit nach dem Kriege eine vernünftige Spannung auf für das Bauwesen sehr erwünscht ist. Soweit sich das durch technische Verbesserungen, Verfeinerung und verschärfung des Bauwesens durchsetzen lässt.

<sup>1</sup> Siehe auch die Diskussionen in den oben zitierten Artikeln und den diesseitigen Beiträgen von H. G. Böckeler, H. J. Bühlmann, H. J. Lüthi, H. P. Schmid und H. Stettler.

der Arbeitsweise, Vermeidung von überflüssigem Kursus, Vereinheitlichung von Räumlichkeiten und Bauteilen usw. et reihen läßt, werden sich auch die Bauarbeiter ohne weiteres damit abfinden. Aber werden müssen sie sich — und müssen sich die ganze Arbeitszeit her — gegen eine Verblendung durch den Wohnungsbau, gegen eine Herausbildung ihrer Lebenshaltung und gegen die Steigerung ihrer Ausbeutung durch übermäßige Anspruchsnahme ihrer Arbeitsschicht.

Die Frau im Wirtschaftsleben

(Wertheimer nur mit Erlaubnis des Verfassers.)

Die Industrialisierung der einzelnen Volkswirtschaften bringt Verschiebungen der manifatturistischen Art mit sich. Da und dort werden Kräfte freil. und juchen nach Belästigung. Viele selbständige Gewerbetreibende werden unfähig; im Handel vollzieht sich eine schnelle Entwicklung. Der Zug nach Großteil und zur Konzentration (Zusammensetzung mehrerer Betriebe in einem oder die Ansiedlung kleiner Betriebe an einem oder mehrere große) ist noch nicht am Ende. Das will heißen, daß ein großer Teil unserer Volksgenossen dauernd in abhängigen Stellungen tätig sein mug. Vor allem ist es die Frau, die von den Veränderungen in Wirtschaftsleben betroffen wird.

Aus verschiedenen Gründen beteiligt sich die Frau im Wirtschaftsleben: Weil sie sich und den ihren etwas selbst will, weil sie zu den Haushaltungsbedürfnissen beitragen will, weil sie sich allein ernähren muss. Aus wirtschaftlichen Gründen ist immer Arbeit unumstößlich, nicht soviel sie es erlaubt, die Männer zu verdängeln. Nunmehr sind es jedoch über materielle Gründe, die sie zum Erwerb in und unter Kaufhäusern führen oder drängen. Von den Neigungen der Frauen zur Tätigkeit in den einzelnen Berufen wird übersehen, daß diese technischen und wirtschaftlichen Fortschritte, aber auch die Kultur, die Frauen direkt in das Wirtschaftsleben hineingezogen; daß sie gebraucht werden, doch ohne eine gewisse, gewinnbringende Polizeiwirkung undhalten wäre. Es ist auch nicht wahr, daß die Frauen oberflächlicher als die Männer sind, daß sie sich für Pupp und Tanz interessieren und eine heimliche Verzerrung durch die Jüngern. Ausnahmen beweisen die Regel. Wenn man sich ein eingehendes aufzutreffendes Urteil über die Bedeutung der Frauen in der Wirtschaftswelt holt will, muß man die sehr feinen Verursachungen zu Rate ziehen.

Zeitungen zu viele ziehen.  
Die Berufstätigkeit von 1907 ergab in Deutschland einen Frauenüberschuss von etwa vier Millionen, die vom Jahre 1890 952 000. Dieser Mängel kommt nicht von einem etwaigen Mehr an Weibesgeburten, sondern er ist in sozialen Umständen begründet. Es werden ursprünglich sogar mehr Kinder als Mädchen geboren (106 auf 100); und aber ist dieser Vorprung von den Männern eingeholt. Sehon die Sterblichkeit der männlichen Säuglinge ist größer als die der Mädchen; dazu kommt die kürzere Lebensdauer der erwachsenen Männer und die Auswanderung. Der Mängel des Frauenüberschusses in den Jahren von 1895 bis 1907, verglichen mit der Zeit von 1862 bis 1885, wird im allgemeinen auf einen Rückgang des Auswanderungsrates zurückgeführt. Sie war in den zehnjährigen Jahren in Deutschland bei den Männern sehr groß. Die stärkere Berufstätigkeit der Männer verhindert wohl ihre Lebensdauer; die Verminderung der Säuglingssterblichkeit und gefundene Lebensfrüchte der Männer wirken eben wieder einen Frauenüberschuss entgegen.

Das Leidgebürtige spielt als Brücke der vermehrten Weiblichkeit keine große Rolle. Denn von den im Heiratsalter lebenden Frauen von 18 bis 35 Jahren bleibt bei Gegenüberstellung der entsprechenden männlichen Geschlechtsgruppen im Alter von 21 bis 45 Jahren nur ein Überstand von 251 000 unverheirateten, verbliebenen oder geschiedenen Frauen. nimmt man das weibliche Heiratsalter von 18 bis 30 und das männliche von 21 bis 40 Jahre, dann verschwindet der Fraueneüberschuss ganz. Die Zahl der alleinstehenden (unverheirateten, verbliebenen oder geschiedenen) Frauen über 35 Jahre übersteigt dagegen die der alleinstehenden Männer über 45 Jahre um etwa 24 Millionen. Darum geht hervor, daß ein großer Teil des Fraueneüberschusses ein Witwersüberschuss ist. Aus diesen Daten zieht Gertmund Baum aus in ihrem Buch „Die Frau in Politik, Wirtschaft und Staatsleben der Gegenwart“ folgenschließende Überwältigung, z.B. der Frauen, 1921, S. 162, zu folger:

eine Reihe von Jahren Lebensinhalt in der Ehe; eine halbe Million (etwa 10 p<sup>ct</sup>) bleiben dauernd unverheiratet, etwa 4 Millionen unverheiratete Frauen suchen für die Zeit vor der Ehe Betätigung und Wirkungskreis, für etwa 2½ Millionen Witwen ist Verjüngung und, soweit möglich, Vermehrung ihrer Arbeitskraft zu schaffen.

Von den 0,40 Millionen haushaltlich erwerbstätiger Frauen in Deutschland sind 2,82 Millionen verheiratet und 6,67 Millionen alleinstehend. Von den 10,82 Millionen verheirateten Frauen sind nur 8 Millionen „Aus-Hausfrauen“, von 6,62 Millionen ledigen Frauen über 10 Jahren sind 3,71 Millionen haushaltlich erwerbstätig. Von der übrig bleibenden Zahl von etwa einer Million ledige Frauen über 10 Jahre alter Frauen verbleibt aber nach Abzug der Schwestern und anderen Anfängerinnen und der Prostituierten nur eine ganz geringe Zahl als berufstätig. Die weiblichen Arbeitskräfte verteilen sich also fast gleichmäßig auf Haus und Beruf, Privat- und Volkswirtschaft.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist seit 1882 von 18,48 auf 28,71 p<sup>ct</sup> gestiegen, die Zunahme der männlichen Erwerbstätigkeit entspricht dagegen der Bevölkerungs zunahme (etwa 2 p<sup>ct</sup>). Eine Steigerung ist die Erwerbstätigkeit der Männer nicht mehr fähig. Es arbeitet eben der stärke Mann bei uns, der dann imstande ist.“ Gertrud Bäumer glaubt, daß die weibliche Erwerbstätigkeit die der Männer nicht verdeckt und zu ihrer Arbeitslosigkeit beigetragen habe, daß die belastmungen untere Volkswirtschaft noch ausländische Arbeitskräfte ins Land holt. Ein Beispiel für dieses Nachdrängen wird sich schwer erzielen lassen. Tatsache ist jedenfalls, daß für alle niedrig bezahlten Stellen in Handel, Gewerbe und teilweise auch der Industrie die Frauen bei weiteren vorgesehen werden. Bemerkenswert ist hier immer noch, daß die Zahl der verheirateten einen steigenden Bereich nachgehenden Frauen dauernd steigt.

Die Wehrkraft aller berufstätigen Frauen ist nun in der Landwirtschaft tätig. Man zählt dort 1907 etwa 4½ Millionen erwerbstätige Frauen und konnte hier weiter die jährliche Zunahme (1½ Millionen seit 1895) feststellen. Diese Tatsache deutet auf die steigende Erziehung der Landwirtschaft durch die Landflucht entzogenen Männer durch Frauen hin. Zur Bekämpfung der Säuglingssterilität wäre in diesem Bereich eine Schwangerschaftsversicherung, die den Bäuerinnen und Landarbeiterinnen eine eingemessene Rückerstattung vor und nach der Entbindung gewährleistet, mit allen Kräften zu erstreben. Heute muß sich die werdende Mutter bis kurz vor der Geburt die schwierigen körperlichen Arbeiten verziehen. Bemerkenswert ist hier natürlich überhaupt, daß die Frau des Bauern und Tagelöhners sich wieder der Familie, der eigenen Häuslichkeit widmen kann.

Von den geschätzten 700 000 Landarbeiterinnen ohne Land, unter denen sich etwa 100 000 Ausländerinnen befinden, sind 90 p<sup>ct</sup> Mädchen. „Halbe Kinder oft, werden sie durch die Eltern losgerissen und ziehen unter der einzigen „Säbille“ eins oft mehr als zweihäuschen Arbeiters in den Welt hinaus. Sie schaffen in Mietquartieren und sind, trotz der von den Behörden gestellten sanitären und südländischen Bedingungen, bei anstrengender Arbeit der geringen Verdienst ausgepeilt, bei die Frauen mehr noch als für die Männer mit einem solchen herdenhaften Radmaderleben verbunden ist.“ Für dieses schwere Radmaderleben der Frauenschafft ist sich innerhalb der heutigen Bevölkerungslinie überall Raum für eine Lösung zu finden.

Die Erwerbstätigkeit der Frau in der Industrie vollzieht sich zum weitaußen größten Teil aufgezehrt der Familie als Hauptberuf. Wir finden hier 1907 2,10 Millionen haushaltlich tätiger Frauen. Sie sind nicht Helferin des

Mannes, sondern selbständige Arbeitnehmer. Die Frau wird durch die Industrialisierung aus der Erwerbstätigkeit wechseln noch verzögert werden müssen, das darf nicht zweifelhaft werden.

Von der Wohnungsnott in Ludwigshafen

durch den mit Friedensschluß stürmisch eindringenden Soldaten zu bewahren, der überdies durch massenhaften Wohnungen wechselt noch verzögert werden müsse, das darf nicht zweifelhaft werden.

Von der Wohnungsnott in Ludwigshafen

Stadtkanzler Schmitz entwickt ein äußerst trübseliges Bild von der Wohnungsnott in Ludwigshafen. Die Wohnungszählung ergab noch 1,8 p<sup>ct</sup> leerstehender Wohnungen. Zeit lebt seine einzige Wohnung mehr leer.

Obgleich bereits acht Wirtschaften und Laden zu kleinen Wohnungen umgebaut wurden, sind noch acht Familien obdachlos und müssen in Sälen untergebracht werden. Es dringend vor dem Zugang gegenwärtig gewarnt werden.

Beginn des Jahres 1917 sind Maßnahmen zur Herstellung von Steinwohnungen noch in der Kriegszeit in die Regie

geleitet, und es wird nunmehr der Stadt gemeinsam mit den Baugenossenschaften und der Münzfabrik möglich sein

im Frühjahr 1918 etwa 350 Wohnungen neu herzustellen. Allerdings in der Bedarf für 1918 auf etwa 1000 Wohnungen veranlaßt. (Meldung vom November 1917.)

Bewohnungsnot in Bamberg

Eine fürsorglich in Bamberg vorgenommene Wohnungszählung hat ergeben, daß augenscheinlich nur 102 Wohnungen, oder noch nicht 1 p<sup>ct</sup>, aller Wohnungen leerstehen. Räumlich sieht es an kleinen und mittleren Wohnungen so, wie es in einer Siedlung der städtischen Kollegien würde, diese Angelegenheit zur Sprache gebracht und darüber bemerkt, daß in Internatsmietreien keine Leitung zu kleinen Wohnungsbauten vorhanden sei. War habe sich die Gemeinde auf dem Gemeindewesen nachhaltig betreut, aber trotzdem wurde sich ein Eingreifen der Gemeinde auf dem Gemeindewesen notwendig machen. Es ist deshalb in nächster Zeit die Bereitstellung von Mitteln für den Zweck geordnet werden. Die Wohnungsnott sei durch die Entwicklung der Industrie während des Krieges heraufgekommen worden; auch sei dadurch bedingt, daß die Kapital je nach Verbrauch werden kann.

Es soll nun versucht werden, in der Wohnungsnott nach Hergabe von Baumgeldern und Vergabe oder Ver-

mietung von Hypotheken abzuhelfen.

Von der Wohnungsnott in Magdeburg

In Magdeburg herrscht eine lokale Wohnungsnott, die mit deren Abstellung nicht mehr bis nach dem Krieg geprägt werden kann, sondern daß hier sofort Arbeit geschaffen werden muss. Es wird deshalb beschlossen, einen Ausfluss einzulegen, der die Kleinwohnungsfrage während des Krieges und nach demselben dauernd behandelte. Auf dem für Kleinwohnungsbauten vorbehaltene Grundstück am Zoll 1 sollen sofort 20 Parcades in Kleinhäusern für je vier Familien gebaut werden. Die von der Schiedsgerichtsamt und Generalleitung der Regierung zur Verfügung gestellten Schulen sollen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)

Wohnungsschlund im Kreis Waldeburg

Wohltätigkeiten im Jahre 1918 lag dem preußischen Kreisordnungsausschuß ein Bericht über die Wohnungsnott im Kreis Waldeburg vor, in dem es heißt: „Gedroht, geworfen ist die Wohnungsnott. Die Bergarbeiter wohnen am größten Teil in wüstliedigen Mietsläden. 15, 18, 20 Familien wohnen nicht selten in einem Haufe. Der Großzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur ein einziger Raum. Die Einzimmertwohnung ist überall zu rückgründig hergestellt. Schulen folgen zu Kleinwohnungen hergerichtet werden, ebenso die Schiedsgerichtsschule. Daraufhin wird aufgefordert werden, leerstehende Räume und Säle von Kleinwohnungen einzunehmen. Ihnen soll dann ein Jahr bewilligt werden. Gemeinnützige Baugenossenschaften, die den Bau von Kleinwohnungen fördern, sollen beißigen gewährt werden. (Herbst 1917.)



war in den letzten Wochen für jeden, der die Stimmung in arbeitenden und handelnden Volke fühlte, mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten. Die Nahrungsmittelknappheit und die Zuschlagsmittel, daß es der Regierung nicht gelang, die vorhandenen Besitzmittel auch nur einigermaßen reiflos zu erfassen und gleichmäßig an Arme und Reiche zu verteilen, hatten an den Menschen schon längst eine dumpe Mischnimmung erzeugt, die sich auch wiederholzt ziemlich vernehmlich gefühlt hat. Dazu kam in neuerer Zeit noch das geradezu provoziertende Verhalten der preußischen Geschiebegeber in Sachen der vom König versprochenen Wahlrechte, fand das standaförmale Auftreten der sogenannten Baterlandspartei gegen den von den Volkssouveränen herbeisehnten Verfassungsabkommen, schließlich das recht wenig klare und eindeutige Verhalten der Regierung zu diesen Dingen. Das alles und noch manches andere ergänzte bei den Volkssouveränen ein von Tag zu Tag steigendes Misstrauen, ob denn die Regierung wirklich ziemlich gereift sei, den Frieden so ratsch herbeizuführen, wie er sich ohne Schaden für Deutschland herbeibringen läßt, und ob die Regierung auch wirklich die Krise aufbringen wird, der Widerstand der Nationalisten gegen die Verfassungsabkommen der Widerstand der Beprechtdörfelschaft zu brechen. Man fragte sich, ob die Unzufriedenheit und Unruhe förmlich machen, von Woche zu Woche, von Tag zu Tag. Und diese Unruhe und Unzufriedenheit gaben den Boden ab, auf dem eine Aufforderung zum Massenstreit tatsächlich glauben mußte.

Berichte.

**Berichte.**  
**Annaberg.** (Zahresbericht.) Die am 20. Januar abgehaltene Zweigvereinsgeneralversammlung nahm den Bericht vom vorliegenden Geschäftsjahr entgegen, der zwar nichts Aufgewogenheitliches bot, aber doch einen Einblick in die schwierige Arbeit, die sich zur Aufrechterhaltung der Organisation nicht maglich gestellte. Wiederum gab es bei uns keine umfangreichen Kriegsbauten, die den Mitgliedern eine gewisse Sicherheit und Ruhe brachten. Die geringe Auslastung ist die einzige Weichung, welche die Versammlung erkannte. Der Betrieb wurde durch die Mängel, welche auf jenen äusseren Grenzen ab, von dem Standpunkt her, der die Mitglieder befürchteten, sehr ungünstig. Die Leistungsfähigkeit war knapp und geblieben. Die Reisekosten waren durch die schlechten Verbindungen zu den Nachbarorten zu hoch. Doch musste die Leitung nachholen. Die Reisekosten der letzten Zulage vom 10. Dezember hat der hiesige Betrieb gesetzlich befreit, eine Zulage nur bei genehmigungspflichtigen Arbeiten zu gestehen, mit der Begründung, dass die Auslastung durch allzuhohe Löhne ganz unterbunden. Die Mitglieder sind nicht willens, so ohne weiteres auf die Reise zu verzichten, da auch der Einwand der Aufnehmer, die Löhne der Bauarbeiter hätten im Vergleich zu einer prozentual höheren Steigerung erfahren, als in den Großstädten, und außerdem ist hier die Lebenshaltung billiger als anderswo. Die Sozialschweiz nach Recht unangewandt und für die Mitglieder des Zweigvereins äusserst erschwerend wirkt, dass die Abteilungen der Stadtverwaltung ausgestattet sind, während der Betrieb nur wenigen Bauten. Bei einer Zählung im Januar wurden insgesamt 217 Bauarbeiter festgestellt, von denen nur 133 dem Zweigverein als Mitglieder angehörten, der Rest waren Ehemänner und sonstige Spezialarbeiter, deren Organisationsmöglichkeit in den meistigen Fällen nicht gezeigt werden konnte. Sie reflektierten sich aus den Gruppenabteilungen mit nächster Umgebung, und gesellen in Wirklichkeit selbst möglichen und unmöglichsten Berufen an. Aber auch die verunsicheren Facharbeiter lehnen eine Anstellung in Annaberg ab, eine Kontrolle und ein agitatorisches Werk ist jetzt glatt, das ist sehr das traurige Kapitel. Aufschluss des Zweigvereinsbezirks, zum Teil als Anerinnerungsstücke, waren zu derselben Zeit 20, in anderer Weise 21 Mitglieder bestätigt. Die Agitation konzentrierte sich auf die Bauarbeiter mit Versprechungen ausgeübt werden, deren 20 standen und die einen Erfolg von 15 Mitgliedern nahmen. In der Versammlung fanden statt 22 Mitgliedsversammlungen und 22 Eröffnungsfeiern 22 Zeitungsausgaben statt, die dadurch nicht. Durch die Neuauflagen konnten zwei neue Zeitschriften gekauft werden. Im Hause wurden 4 gemeldet, davon einer tödlich, die zweitl. Zahl gewiss bei weitem nicht erfasst. Von 19 eingegangenen Briefen begaben sich 5 in Annaberg, bei der Volkszählung, 2 auf Richtstellung und das Geschäftshaus. Alle Fälle wurden mit Hilfe der Gesellschaftsmitglieder eingekommen; angefordert wurden 19, verhältnissmäßig 11, insgesamt 11.

fanden nur 37 Arbeitskräfte. Im Laufe des Berichtsjahrs wurde von 61 arbeitslosen Mitgliedern 603 Tage gesiebt; unterstellt wurden 18 an 135 Tagen. Krankenunterfütterung bezogen 41 Mitglieder für 11 795 Tage. Die Mitgliederbewegung im Berichtsjahr war unwe sentlich. Zum Heer eingezogen wurden 51, als gefasst gemeldet 45. Zum Heer eingezogen wurden 51, als gefasst gemeldet 45. Zum Heer eingezogen wurden 51, als gefasst gemeldet 45. Zum Heer eingezogen wurden 51, als gefasst gemeldet 45.

geflossen sind 8 Mitglieder. Die Durchschnittsmittelgröße galt war 178. Insgesamt wurden während des Wettkampfes zum Heute einberufen, soweit gemeldet, 408; wieder entlassen 18, gefallen sind 41, verunfallt 5 und gestorben 3. Der „Grundstein“ ausgestiegen, 162 Feldschäfleider. Verständigt wurden zu 9432 Exemplaren des „Grundstein“ und 930 Exemplare des „Feldgraustein“. Die Wettbewerbszählung

Weiter entstehen zu erhöhen. Um die losen Kästen verhältnisse zu verbessern, wurde der Losfallzeitung von 20 auf 20, beziehungsweise 25 S. erhöht.

je die Interessen unserer Kollegen wahrnehmen kann. Private Bautätigkeit in Aschaffenburg war außerst schwach. In allen Orten des Zweigkreises lag der Wohnungsbau vollständig still. Um einen genauen Überblick und Vergleich der Bautätigkeit während der Kriegszeit zu ermöglichen, mögen diese wenigen Zahlen dienen. In Aschaffenburg wurden nach den Angaben des Bauamtes nur 100 Neubebauungen aufgewandt und 7 verschiedene Baufürsprüchungen ausgestellt. Im Jahre 1916 wurden zusammen noch 44, im Jahre 1917 noch 46 und 1918 noch 110 Wohngebäude, Fabrik- und Nebengebäude und sonstige Bauausführungen ausgestellt. Außer den oben angeführten Arbeiten wurden in diesem Jahre noch verschiedenste Baulandverkäufe, die im Jahre 1916 gemeinsam mit direkter oder indirekter und freigewirtschaftlicher Vertrieb, eine Erziehung liegen. In den Mainlandkolonisationsarbeiten wurde Niedergörsdorf vor in diesen Jahren noch Arbeitseinsatz vorhanden. Diese Arbeit ist in den Hauptort festlich und wird im Jahre 1918 vollendet. Der Zweigkreisverein wurde noch 2 Gruppen für Arbeitseinsatz und Arbeitserwerb, die Arbeitseinsatzgruppe und Arbeitserwerbsgruppe.

**Gemeinsam.** Am 20. Januar fand die Generalversammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt, um uns auf die neue Kraftig zu entwöhnen. Deutscher Kollegen, mit frischer Kraft und mit Mut an die Arbeit für unsere Organisation! Wir müssen jeden Arbeiter auf der Baustelle dem Verbande zuführen, erst dann erfüllen wir unseres Bildnis.

lung des Zweigvereins statt. Die Entgegennahme der Quartals- und des Jahresberichts sowie die Stellungnahme zum Verbandsbankett füllte die Tagesordnung aus. Die Bezeichnung erfreute sich eines guten Bejubelns und einer ausverkauften Hallesgenossenschaft. Das fand Beide dafür, dass unsere Verbandsmitgliedschaft wieder Interesse an der Betreuung nehmten. Zum ersten Punkt, Jahresbericht, wurde ausgeführt: Zum Jahr 1917 untersiedelt sich von seine-

maren ihre Zwecke verfehlten, wenn sie nach der oben dargestellten Weise vereinigte, überorganisierte und den Geist der Freiheit aufzunehmen, um die Kämpfer des Friedens zu schulen. Solche Vereinigungen sind die Mitglieder, um an uns zu überzeugen, welche Dinge wichtiger wie uns sind, wenn wir sie gegen die Feinde verteidigen müssen. Einem solchen Zweck dienen die energischen Maßnahmen neuen wollen. Das Parl. hatte eine Konferenz mit den umliegenden Zweigvereinen, um mit diesen eine Verständigung zu erzielen. Das Ergebnis bestand in der Abmilderung, daß für die in Chemnitz arbeitenden Mitglieder der umliegenden Zweigvereine an den Zweigverein Chemnitz von dem 30. 3. bestandene Losfallentschädigung 10. 5. abgeschafft werden sollen, oder, sollte die Zweigvereine die Wahlen für ihre bei uns arbeitenden Mitglieder am 15. entscheiden, sollten sie für jede zweite Marke 20. 5. vergütet erhalten. Sie glaubten, die Abmilderung sei so günstig, daß sie aufdringlich eingefordert wurde. Das haben aber nicht alle Vereine getan; man ist direkt auf die systematische Benachrichtigung der Chemnitz ausgewiesen. Erst der geisthaften Schule

festgestellt und angegeben. Trog der geprägten Schwierigkeiten, welche eingetretene Verordnung auf den Städtebau hielten, und welche die städtische Verwaltung im Berstand gewonnen, wenn sie nicht hinzoggen, den Städtebau zu wenden. Leider muß es auch hierzu dienen, daß es mancher Kollege mit der Erfüllung des konstitutiven Vertrages über Arbeitssatz, Überleistung, Konstitutivarbeit nicht so genau hinwegschaut. Das ist aber eine Freiheitserziehung, über die genau in andern Zweigvereinen noch zu gefestigt wird, als bei uns. Wie auf den Tischgewichten verloren wir an Einsicht; das kann daher, weil sehr viele Abteilungen von städtischen Behörden in eigener Regie ausgestattet wurden und diese Behörden nicht die Tarifordnung galt, die sie bekannten durchaus auch keine willkürliche Dauerbezeichnung, doch nur verschwindend wenige. Von volkstümlicher Hilfsordnung bezogen sie die Arbeitskräfte, und da heißt es immer genug bestimmen. Erstaunlich sind damit

Die Mitgliederbewegung zeigte eine la-  
same und ständige Abnahme. Mit 889 Mitgliedern tra-  
wic in das Berichtsjahr ein und konnten es mit nur  
verlassen. Woher haben wir 261 Kollegen aufgenommen?  
davon 26 zum wiederholten Male; auch zugezogen  
und 10 traten aus der Jugendorganisation über; doch die

Zunächst ließen aber, als Abgang gegenüber 1936 gereifte, 26 Geforbiene, 7 zu anderen Verbänden übergetreten, 221 Kollegien in den Militärdienst und 1 mußten gestrichen werden. Unter den Gefreitenen gab die übergeordnete Wehrzelle solche, die nur ganz kurzzeitig als Bauarbeiter arbeiteten und beim Austritt aus dem Beruf auch die Organisation verließen. Doch auch bei Berufen sind darunter, die schon lange dem Bauwesen angehört, durch Umstände verschiedener Art, Arbeitslosigkeit oder andere Verhinderungen. Diese Kollegen verloren oft sehr bald die Lust am Beruf, seinem Zweck und in der Arbeit braucht man nicht unbedingt zu sein. Wenn ich in solchen Lesten der Organisationen vorgehe, so ist mir aufgefallen, daß früher nicht aus einer Erklärungsliste im Verbund! Nach Berufen geworden mit 350 Mauer, 23 Betonarbeiter, 3 Stukkaturen, 4 Fliesenläger, 4 Holzsizer, 11 Bleiverarbeiter, 20 Baubürofachleute.

11. Februar 1942, 200 Polizeihilfsdienstler und 45 Evidenzbeamte. Von 100 Kollegen sind Ausländer, davon 8 Italiener, 102 Tschechoslowaken, 30 Polen und 7 Bosen. 41 Kollegen sind unbekannt. 76 hatten noch keine troposphärische Erfahrung im alten Jahr. Die Ausbildung und die Teuerung brachten schon im letzten Frühjahr zu Wogen in die Kollegen. Auf verschiedenen Mittelpunkten verlangten sie Anteil an den bestellten Münzenabdrücken auslagen, aber auch eine Lohnanalogie. Das Ergebnis war minimal. Mit den Arbeitsbezügen wurde eine Kompromisslösung gefunden und zur Arbeitsgemeinschaft geführt. Dort soll darüber gewichtet werden, dass alle Bauarbeiter eine Rahmenmittelschule erhalten. Die Bezeichnungen handeln von den erwünschten Erfolg, und es wird sehr guter Auskunft gegeben, dass die Bauarbeiter zufrieden mit der Sache sind. Es ist gelungen, den Bauarbeiter zu überzeugen, dass die Bauarbeiter oder ähnlichen Luchen zu verschaffen sind. Vorausgehend die Anwendung der Rüstungsarbeit zu fordern, dafür natürlich ein Lehnsausgleich und eine allgemeine Ausweitung des

wie braucht  
Deshalb,  
Arbeit für  
auf der  
versammel-  
abende des  
Lungenheil-  
Die Ber-  
und einer  
dafür, daß  
der Bewe-  
ßt wurde  
von seinen  
und des  
arbeiter  
einer starke  
suchte man  
des Chemi-  
technische  
Arbeitsmarkt  
der Wangen  
ausführlich  
nicht an  
Rüstungs-  
für ganz  
hielten die  
dieses  
in Orte be-  
im April  
ter, waren  
nur noch  
e viele von  
Baubureau  
die Ver-  
Werkände  
Chemische  
Weittrag-  
sich wieder  
aufzubauen:  
wieder die  
ausgestrahlten,  
solche Dinge  
und es  
Umfang  
Mit halten  
eigenerweise  
drei, das  
in Chemi-  
sche Wiegewerke  
betragenden  
oder, soweit  
arbeitenden  
e jede ver-  
verbunden,  
diese eingehalten  
eine gelan-  
gen, dann  
ausgeführt  
auf den Ar-  
beitsmarkt für  
den Ar-  
beitsmarkt, den Ar-  
beitsmarkt werden,  
e sozialistischen  
Sonnabend  
im Kriegs-  
zeit noch mehr  
bauten ver-  
wirkt viele Ar-  
beitsmarkt  
ausgeführt  
zahlen.  
arbeiter, oder  
erlandschaft  
so da haben  
damit aber  
eine lange  
früher traten  
nur 650  
genommen,  
finden 101  
aber 160 Ab-  
ber über 100 Ab-  
ber und 122  
schen  
ganz kurz  
aus dem  
auch solide  
Pauarbeiter  
Pauarbeiter  
in ein Kollegen  
Zweig mehr,  
wobei gebauten  
in eins Goli  
ordnet sind:  
4 Fliesen-  
helfer  
arbeiter  
über, davon  
schieden),  
1 noch Bei-  
mittelstelle  
rühjählig  
Wohnungsbaute-  
arbeiter  
reichlich vor  
kommt.  
Dort soll  
Wohnungs-  
bauteam  
gegründet  
sein. Die  
der politisch  
ausgelese  
Mitarbeiter

Arbeitszeitüberlängerung, aber ohne Lohnungsgleich, durch längere Verhandlungen. Im Herbst fand neue Nutrhe unter den Kollegen. Es folgten Forderungen nach neuen Beurteilungsmaßnahmen und zum Teil Arbeitszeitverlängerungen. Auch diese Bewegung wurde in der Hauptstädte beeinflusst durch zentrale Verhandlungen in Berlin. Nur auf zwei gezeiten Bauten befanden die Kollegen eine wöchentliche Extraarbeitszeitung von je 30 S. Hier wird auch gegenwärtig dieser Zuschlag weiter gesetzt. 180 Bauarbeiter auf den Bauten der Stahlgiesserei Krauthain konnten als Ergebnis der langen Verhandlungen noch das Versprechen erhalten, dass ihnen vom 5. Oktober an die Zeitungszulage nochmalig verhängt werden solle, die bei den geplanten zentralen Verhandlungen beschlossen wurde. Das geschah auch Mitte Dezember, die meisten Kollegen erhielten am 5. Jan.

In den Bahnhöfen und Sektionen lag das Leben gänzlich still. Die Arbeiten wurden nur in der Stadt ausgeführt. Sehr wenige Kollegen fanden in den Bahnhöfen Arbeit. Die Reparaturarbeiten wiesen die Hauptstelle mit 14 809,84 auf. Die Einnahmen des Hauptstellenbetriebes betragen M 63 937,12, die Ausgaben einschließlich M 29 489,12, Betriebsaufwand; die ausgewanderten M 15 809,80. Der Hafenservice erzielte ein Bruttoeinkommen M 17 978,56. Ausgegeben wurden von der Sektion am Hafenmeisterbüro M 437, an Arbeitsaufsichter M 682, an Steuernunterstützung M 49 und an Steuerabzug M 3867. Die hauptstädterischen Ausgaben der Lotsatäfelchen liegen in M 573 an das Gewerbeaufsichtsrat, M 435 für Streitk., M 942 für Unterförderung in Rüttelfäßen, M 293 für Verwaltung. In 9 Zweigstellenverfassungen, 2 öffentlichen Versammlungen, 40 Baubesprechungen, 20 Sitzungen und 6 Revisionen wurden die Beschäftigten geprüft. Die mittlere finanzielle Lage des Arbeitnehmerstabes wurde durch die Einführung eines Kriegsgestrafrabetrages von 20,- je Mitglied und Quartal beobachtet. Der Betrieb wird auf Beschluss der Generalversammlung vom 20. Dezember durch Bekanntmache der Kollegen einfassiert. Die Befreiung der noch amtierenden neuen Kollegen die zum weiteren vierzehn Monaten bestellt werden, ist ebenfalls vorgesehen.

Beim Bunt Stellungnahme zum Verbandskrieg wurde einleitend auf die Stellung hingewiesen, die der Zweigverein im ersten Abschluß der Vertragsbelägerung im Jahre 1914 und im Dezember 1917 eingenommen habe. Hier hatten die Kollegen schon einmütig zum Ausdruck gebracht, daß mit dem Art der Verhandlungsleitung über die Höhe des Mitgliedsbeitrages hinweg nicht einverstanden sein könnten. Von dem Standpunkt, daß eine Handvoll Beamsträger aus der Zeit vor dem Kriege noch das Schicksal der Arbeitenden endgültig bestimmen mit den Unternehmern treffe. Die Chemnitzer Bauarbeiter lehnen eine destruktive Vertragspolitik ab, so wollen sie bei der Regelung ihrer Arbeitsbedingungen mischprechen. Für solche eine Gelegenheit haben die getroffenen Abmachungen ausreichen oder ihnen zuzumessen. Sie wollen, daß die Demokratie nicht hinterherkommt aus der Organisation ihrer Arbeitgeber. Bei der Frage der Statutenänderung findet man eine Widerstand im Vergleich des Verbandsvorstandes, darin besteht, daß sich der Vorstand gestrichen hat, mit Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer den Verbandswahlrecht aufzuheben, auch wenn es um die Wahlprüfung der noch im Gewerbe tätigen Kollegen ging; jetzt aber, nach Ende aller Kriegshandlungen, sollte ohne die Kriegsteilnehmer ein Verbandsvorstand ein neues Statut schaffen, das grundlegende Änderungen bringt. Mit sind über der Meinung, daß der Verbandskrieg berechtigt ist, von den noch vorhandenen Kollegen als notwendig befundene Maßnahmen zu fordern. Sind die aus dem Kriege zurückgekehrten Kollegen nicht damit einverstanden, können sie die Gelegenheit wahrnehmen, diese Beschlüsse abzulehnen. Die Haltung „Grundstein“, der fortgesetzte die Neutralität der Kollegen im Parteistaat fordert, wird als infonsquent befunden. Viel gerade er in teilparteiischer Weise fortgeführt in dem Streit eingreift und mit allen Kräften den Regierungsparteien Nationalsozialismus verdeckt und die Opposition verunglimpflicht. Diese Verlage der Verbandspräsidenten können sich nicht mehr auf die Wirtschaftsausbauung für 52 Wochen und für die Zukunft beziehen.

Dauer eines halben Jahres geschehen und ist dann einem vorzunehmen. Dann braucht keine Vergroßerung des Betriebsausschusses eingetragen zu werden, er wird auf einer breiten Grundlage gelehnt, und zur Wiedereinführung mit den Mitgliedern wird eine innigere. Den einzelnen Vereinen muss es überlassen bleiben, ihre Delegierten in der Wahlversammlung nach Bedarf abzuwählen und durchzusetzen. Am § 1 wollen wir für den ersten Tag die alte Form des Statuts erhalten wünschen, weil es uns unangemessen erscheint, eine Form zu wählen, die bei den Stellen anderer Verhältnisse oder, die noch niemand weiß, wie der Krieg beendet wird, auch anderer Zweige Mütterfrauen ausstellt. In den Kabinettsberatungen mit den Brüderverbänden kann der beschäftigte Zweck erreicht werden ohne imperialistischen Anfluss.

Die Versammlung führte ihre Willensäußerung in der nachstehenden, einheitlich angenommenen Resolution zusammen:

"Die heutige Mitgliederversammlung, die Stellung des Betriebsausschusses, bringt zum Ausdruck, daß sie mit der Mobilmachung des 'Grundstein' nicht einverstanden ist. Das bedingende Recht der Einheitsregierung und die Durchsetzungspolitik des 'Grundstein' fordert die Securitateuren der Opposition. Es ist nicht nach Einsicht der Bevölkerung zu verstehen, daß die Bevölkerung durch die Kriegserklärung des 'Grundstein' auf die Weisheit und Tapferkeit der deutschen Arbeiter verzichtet. Ihre Delegierten, die jetzt darüber beraten, haben sich auf die Weisheit und Tapferkeit des 'Grundstein' abgestimmt. Des weiteren verneinen die Versammlung die Tätigkeit des Hauptvorstandes und des Beirates, soweit sie mitgehofft hat, die Burgfriedenspolitik aufrechtzuhalten, das Hilfsfondsleibot zu schaffen und militärisch verantwortlich gemacht hat für die gewerkschaftliche und politische Nachbildung der Arbeitnehmer während des Krieges. Die Versammlung wünscht auch, daß der Betriebsausschuss zum Ausdruck bringt, daß die einzige politische Tätigkeit unseres zweiten Vorstandes, des Kollegen Winnig, nicht der Aufzehrung des Deutschen Bauarbeiterverbandes von den Aufgaben unserer Bandenpolitik entfeiert, sondern nur seine, den Verband nicht berücksichtigte Privilegierung ist."

**Dresden.** Am 20. Januar fand die Quartalsprüfung des erweiterten Vorstandes statt. Sie war von 40 Kollegen besucht. Mitgeteilten waren die Bezirke Thürland, Neu- und Altmärkten, die Kreise Döbeln, Riesa, Freiberg, Oelsnitz, Dößeldorf, Dippoldiswalde und Cainsdorf. Der Kollege Blaum gab einen kurzen Bericht über die vom 28. und 29. Januar stattgefundenen Bezirkstreffen und beprahlte dann die Wahl des Verbandsvorstand im 'Grundstein' verantwortlichen Vorstandes.

Die eingeladenen Vortragsredner wurden zur Distilution gefordert und die Auseinandersetzung ergab, daß man verschiedne Wendungen für notwendig hielte, die zu Anträgen formulierten. Am Samstagabend wurde der Ausdruck, daß eine Umgestaltung der Organisation vorgenommen werden müßt, will man den nach Friedensschluß nicht ausbleibenden Kämpfen gewachsen sein. Durch die Entwicklung des Geistes müsse man zu einer Ergründung der sozialen Frage mit sich bringen und soll der Kampfparade der Organisation nicht gefährdet werden. Um dieses zu verhindern, sollte der Verband nicht unterstreichen, ob nicht auch Gewerkschaften und andere Unterstellungsgruppen in Abzug zu bringen seien. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Es betrug die Mittagszeit am 1. Oktober 1917 4515. Im Quartal sind eingetreten 99, ausgereizt 13 und vom Militär entlassen 54. Abgereizt sind 68, ausgetreten 10, in andere Berufe übergetreten 3, gehörten 22 zum Militär eingesetzt. Es wegen Schulden gestrichen 83, so daß am Schlusse des vierten Quartals 4272 Mitglieder verblieben. Davon waren 1912 1913 Hilfsarbeiter, 42 Zementarbeiter, 10 Stoffarbeiter, 27 Steigerleute, 34 Holzarbeiter und 40 Erdarbeiter. Den Grünanlagen der Hauptstadt von 324 465 steht eine Ausgabe von 318 311 gegenüber, so daß 31 947,40 an die Hauptstadt zurückgeworben werden können. Die Einnahmen der Abreiseverpflichteten betrugen im vierten Quartal 315 588,90 Rosenthal und festen Quartal 318 986,62 die Ausgaben 13 882,21, so daß am Schlusse des Jahres ein Kassenbestand von 315 154,41 verbleibt.

Der Antrag der Revisorin wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Daß nach die Wahl der Kartelexperten vorgenommen war, konnte der Vorstehende die anregend verlaufene Sitzung mit einem kräftigen Appell an die Delegierten, auch in Jahre 1918 an dem Ausbau der Organisation mitzuwirken und dadurch zu wirken, daß untere an den selbstbeherrschenden Arbeitstellungen eine geschlossene Organisation vorhanden, füllte.

**Düsseldorf.** Zu der Tagung generallärm am 1. und am 20. Januar gab Kollege Nadel den Quartals- und Jahresbericht. Es haben im vierten Quartal unter anderen: 1918 Aufbauschprechungen und Versammlungen in Grevenbroich, zwei Sitzungen mit den Chiffchinen wegen Kindes- und dem Beratungsverein der Stoffarbeiter und Putzer, eine Sitzung mit dem Polizeiverein wegen Handhabung des bestehenden Kartellbeschlusses stattgefunden. 38 mal hatte der Aufsichtsrat Besuch an uns. Es handelte sich dabei um Fragen der Organisation, Wette von den Delegierten, um Verbesserung des Chancen, um die Meliorierung des Betriebsarbeitschutzes, Richtungnahme der Tarifverhandlungen und die Zahl der Bauarbeiter. Es wurden in der Woche vom 8. bis 8. Dezember auf 46 Betrieben bei 25 Unternehmen 9471 Mauter, 120 Generallärm, 4111 Hilfsarbeiter, ohne Stoffarbeiter und Putzer im ganzen 2111 Bauarbeiter geöffnet. Davon sind nur 777 organisiert. Das ist ein Wert, doch was sehr viel Arbeit zu leisten ist. Deren haben sich eine Schätzungscommission und eine Sitzung mit den Unternehmern wegen Nichtzahlung der am 29. November in Berlin vereinbarten Teuerungsauflage völlig ge-  
kämpft. Wenn Richtungnahme der Tarifverhandlungen bei Sandow bestanden hätte, so wäre der Gewerbeaufsicht in Düsseldorf, ein am Ausbau der Organisation interessiert, gezwungen, zu tun. An die Arbeitenden mehrere Städte und die Betriebsvertragspartei Lebensmittel gewünscht; bei der Preisabschaffungsfestnahme der Statuten bei der Betriebsfrankfurterfasse; an das Betriebsvertragsamt in München wegen militärischer willkürlicher angeordneter Verkürzung der Arbeitszeit durch die höchsten Unternehmern und wegen Einberufung eines Arbeiterausflugsfestschein, Polizeibewilligung, be-

Zügungen brachten die Herren zum Ausdruck, daß sie Werke aufzulegen, mit Organisationen verhandeln, an förmlichen Versammlungen teilnehmen. Auch hatten wir Gelegenheit, dem in einer Reihe von anwesenden Vertretern des Kriegsministeriums und den diversen Vertretern, die für die Waffenbeschaffung in Beauftragt waren, die Weisung der Schüler vorzutragen, daß die ständige Fortbildung der Gefolglosigkeit wurde bis zu dem Tag hinein, wo leider eine kleine Auseinandersetzung eingetreten ist, ein gutes Verhältnis aufrechtzuerhalten und die oft auftretenden Differenzen, besonders die durch das Habsburgergesetz geprägten, auf gütigstem Wege beiseite zu stellen. Einige wenige, aber sehr ernsthafte Differenzen entstanden mit den dort Arbeitenden ausführenden Dienst- und Eisenbahn-Gesellschaften. Diese ließ etwa 300 belgische Arbeiter durch verschiedene Industriebüros in Belgien anwerben. Diese fanden kolossalweise an. Die erste Abteilung hatte Kontakte abgeschlossen, die dem Ministerium vorgestellt, einer Höchstzahl von 1000 für die Stunde bestanden, und daraufhin zu großen Teilen nach Berlin. Die Firma selbst, jahrszeitlich, sofort auf den Standpunkt der ungewöhnlichen Zeitung und zog den Leuten Stundenlöhne von 25 bis 50 d. e. einigesmaßen Leistungserlöse. Nach einigen Tagen verschloß ein Teil dieser Leute die Arbeit wieder und erobt Stellung an. Sie wurden aber Richtschnur des Kontaktstuhles. Sie wurden aber gebeten, ebenso wie wir, die Stadt einen neuen erfordern, wogegen bereits 16 Millionen Mark gegenwärtig sind. Weiter ziehen die Eingemeindung der Vororte, Zusammenschluß zu einem großen Gemeindeverband bevor, wogegen die Nachbarn glänzend sind. Diese Gemeinden haben schon seit Jahren Zugehörigkeit daranzu führt und alle notwendige Vorbereitung auf die Eingemeindung getroffen. Es besteht die Absicht, dass sich in ihnen Anlagen vereinigt werden. Außerdem werden sich in ihnen Anlagen vereinigt werden. Es kommt die bestehende Wohnungswirtschaft, insbesondere bei Kleinwohnungen. Außerdem liegt ein Teil bereits bereit, um Neubauten auf, so daß ja für uns günstige Auswirkungen auf Arbeitsgelegenheiten erzielt werden. Nach dem Besitz befindet sich die Wohnung jetzt schließlich bei der Distriktsleitung. Dennoch liegen die Kosten jetzt sehr hoch. Nach dem Besitz befindet sich die Wohnung jetzt schließlich bei der Distriktsleitung. Dennoch liegen die Kosten jetzt sehr hoch. Nach dem Besitz befindet sich die Wohnung jetzt schließlich bei der Distriktsleitung erliegt. Da der Grundstein für den neuen Siedlungsbau, der im nächsten Jahr errichtet werden soll, ist nicht genügend studiert worden, faute, wurde die Beratung auf die demnächst stattfindende Mitgliederversammlung zu verschieben. Zum Schluß erhielt die Polizei Empfehlung der Anwesenden noch zu eifriger Mitarbeit, ganz besonders aber auch zur Werbepflicht für die Partei und die Presse. Zur jeder seines Blüsch aus in neuen Jahre, damit wir unsern vom Heil befreit befindende Kollegen die Organisation als festes Gesetz wieder zurückgeben können!

feßt. Aufgenommen wurden 1436 Kollegen, zugereist im Januar 1919 und übergetreten sind 10 Kollegen. Abgezett sind 100 Kollegen, geforwortet 4, eingezogen 82 und wegen Rückstande sind 10 Kollegen gezeichnet. So verbleibt ein Mitgliedsbestand von 1925. Der Volksaufseßbestand betrug am Schluß des Jahres 1916 „A“ 47323. Die Gesamtteilnahme einschließlich der Volksaufseßbestände betrug „A“ 13 120,87, die Ausgaben „A“ 6007,93, so daß ein Volksaufseßbestand von „A“ 11124 vorhanden ist. Im Berichtsjahre wurden 12 Versammlungen und 8 Vorstandssitzungen abgehalten. Am 1. Januar 1917 wurde zur Erledigung der Geschäfte eine Einheitsversammlung angeordnet. Seit dem 20. November wird auf jederzeitige Erledigung der Arbeiten ein Kriegsbericht ausgestellt. Die Jugendabteilung zählt 37 Mitglieder. Außerdem befindet sich in der unteren Kreisstadt eine Funktionstelle des Landes, die alle Rechtsfragen, sowohl organisiert als, nicht organisiert, hat manchmal unferne Kollegen zu einem Rat berufen. Am 20. Dezember berichtete eine gut besetzte Versammlung auf dem Lauterbach mit der Präsentation eines Verbands- und Kreisberichts geschlossen und selig, daß auf den kommenden Verbandsstage die Befreiung eingeholt werden müsse, daß durch die Gründung der Unterabteilungen in seiner Weise der Kampfgeist beginnen würde. Der Umstand, daß aus allen Gauen Deutschtumstüchtige Vertreter des Verbandes hier arbeiten und für diesen Sinne ausprägen, läßt uns hoffnungsvoll der Zukunft entgegen. Zu dieser Versammlung wurde die Zweigvereinsleitung beauftragt, bei der Firma Griesheim Elektrofond zahlreich vorzulagern, so wie die im Reichsbarlärbesitz gesäßte Feuerungsanlage für das neue Werk Lauda und die Feuerung Erfta gesetzt wird. Am 5. Januar ist ein diesbezüglicher Antrag auf die vorgenannte Baufirma abgegangen. Die Antwort dazu steht noch aus. Am 24. Januar nahm eine Beraterversammlung hierzu Sitzung. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt, falls bis zum 31. Januar keine Entschließung eingegangen ist, auf diese Zeit die Erledigung der Freie zu untersagen. So wollen wir die dem mit erhöhtem Kampfesfieber, ja Überzeugungsstreit und Opfergeist auch in diesem Jahr allen unterstehen Pflicht tun: die Jugend anzuheben, die hergehenden dem Bewußtsein zu führen und dafür sorgen, daß der Deutsche Bauarbeiterverband eine nachhaltige Wirkung unserer Bewußtseinsetzung darstellt. Zu diesem Sinn rufen

## Zur Neuordnung unseres Verbandes.

Ob die Abstaltung des Verbandsstages während der Krisen notwendig war, darüber kann ich Ihnen nur folgendes sagen: Es kam zu einer Krisenzeit, wie wir sie heute nicht mehr erleben werden, die unser Verband am letzten gefordert hat, was er kann. Der Einflussnahme des Arbeitslehrvereinsunterstützungsfonds ganze Zahl habe ich schon auf dem Verbandsstag in Jena 1913 das Wort geprägt. Ich habe dabei nachdrücklich betont, daß noch dem Material, den dem Verbandsverein und dem Landesverein, die Möglichkeit gegeben ist, diese Unterstüzung auf das ganze Jahr auszudehnen, wenn die Beitragspflicht sich ebenfalls auf das ganze Jahr erstreckt. An diesem soll ist der Vorschlag des Verbandsvorstandes nur zu begutachten. Anders aber verhält es sich mit der Erhöhung und Ausdehnung der Unterstützungsförderung auf zwölf Monate und, was damit zusammenhängt, der Erhöhung der Beiträge. Hier kann ich die Aufgabe des Verbandsvorstandes nicht teilen. Daß eine Erhöhung der Unterstützungsförderung nach dem Kriege notwendig ist, zweifele ich nicht, auch habe ich nichts dagegen, wenn die Unterstützungsförderung verlängert wird; aber dieses zieht dieser zeitlichen Zeit, einzufügen, halte ich nicht für gut. Wie sind zu fast dem Zufall überlassen, haben seiner Meinung nach in der Zukunft, wissen auch gar nicht, wie die Arbeitsmarkt und dem Kriege entwölft und wie sie wieder in das Leben mit den Warenpreisen ausgleichen würde, es ist besser, halten die gleiche Beitragsabgabe, so beizubehalten, und bei jeder Jahreszeit die Unterstützungsförderung auf zwölf Monate zu begrenzen. Mir dann endlich ein, daß dieses zeitliche Maßnahmen zu Ende, um dann noch einen kleinen Übergangsperiode, darangegangen werden, Werk zu vervollkommen. Verbandsvorstand und Verbandsverein folgern können dann unsere wirtschaftliche Lage zu überblicken, und man kann dannholst dabei Erfahrungen, wie die Unterstüzung auszuübt. Es wird heute schon getan, daß dem Kriege haben wir keine Zeit übrig, um mit dem Musterunterstützungsförderung beginnen, da gibt es anderer zu tun, nun Beispiel die Lohnpolitik; aber ich bin jetzt zuzeugt, wenn an dem Verbandsstag das ganzen Vorstand des Verbandsvorstandes angenommen werden, wie doch weiter gebungen sein werden, die Schäden und Mängel daran zu bestimmen. Eine Beitragserhöhung, wie sie Verbandsvorstand vorgezeichnet wurde, darf nicht eingeführt werden, dieses würde die heimsehenden Solidaritätsdienst vor den Kopf stoßen. Davor möchte ich die Stellung in der Heimat aus dem entschuldigen warnen. Wie ich wiede ich der Aufsicht der Amtskreisunterstützungswesen reden. Wie wäre es denn, wenn sich der Verbandsvorstand lehren lassen, welche Gefahren würde? Dabei könnte gern das Schema angezeichnet werden: die Unterstüzung ungestört verordnungsmäßig vorliegen. An dieser Stelle ist einmal etwas geschehen. Es ist doch kein Solidaritätsdienst, wenn man Mitglieder, die 15, 20, 25 Jahre keinem Berufe gehabt haben, beim Eintritt volljähriger Erwerbstätigkeit in ihren alten Beruf völlig abtischt und stellt ihnen keinen Platz überlässt. Kollegen, hier müßt ihr Mittel Weise gefunden werden, damit wir dieser Vorlage einzuhalten unter die Kreise greifen können, nach ihnen in allen Tagen zu schaffen. Ich möchte jetzt gar zu schwer an die Zeit datieren, als ich Ihnen direkt einmal an die Hande schreibe. Was wäre es Beispiel des Staates, diese Menschen, welche zu früher, aber hier ist darauf verzichtet, der zu lassen. Da sind wohl zehnmal schneller 100 Millionen Kriegsanzahlige zu holen in einer Million für diesen Menschen. Ein weiterer Punkt betrifft die Abreise ausländischer Flüchtlinge, Wieden, im Gründstein Nr. 1 Ausschaltung von Erstaufenthaltschein in den Auswanderungsort. Sollte sich der Verbandsvorstand damit befassen, was nach m-



